

Kommunalpolitisches Wahlprogramm der AfD Niedersachsen

– Fassung vom 06.04.2021 –

Vorwort	5
Teil I: Die AfD Grundpositionen	6
1. Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung	6
2. Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung	6
3. Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit	6
Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele	7
1. Allgemeine Verwaltung	7
01. Den öffentlichen Dienst schlank und effizient organisieren	7
02. Verwaltungsrecht vereinfachen – Datenaustausch verbessern	7
03. Mehr Transparenz schaffen	7
04. Für eine vernunftorientierte Debattenkultur	7
05. Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen	8
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	8
01. Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei	8
02. Dem Recht wieder Geltung verschaffen	8
03. Das Gesetz steht über der Religion	8
04. Unser Land – Unsere Regeln	9
05. Keine Einwanderung durch die Hintertür	9
06. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen	9
07. Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen	9
3. Schulen	10
01. Was Schule leisten soll	10
02. Ganztagschulen lösen nicht unsere Probleme	10
03. Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck	10
04. Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium für Regelschulen	10
05. Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen	11
4. Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	11
01. Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen	11
02. Musikschulen haben einen besonderen Nutzen	11
03. Wahrung der gelebten Tradition der deutschen Kultur	12
04. Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten	12
05. Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern	12

06. Demokratiefeindlichem Islamismus entgegentreten	12
5. Familien und soziale Sicherung	13
01. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft.....	13
02. Eine Zukunft haben wir nur mit unseren Kindern.....	13
03. Familien auch in den Kommunen steuerlich entlasten	13
04. Kommunale Infrastruktur familienfreundlich gestalten	13
05. Kommunale Projekte sollen familienfreundlich sein	13
06. Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe.....	13
07. Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder	14
08. Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern.....	14
09. Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten	14
10. Beratung und Ermutigung für junge Paare	15
11. Kommunale Familiengründungsdarlehen einführen.....	15
12. Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern	15
13. Reserven aktivieren und besser qualifizieren	15
14. Sozialhilfe nur für Bedürftige	16
15. Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden	16
16. Ehrenamtliches Engagement fördern	16
6. Gesundheit, Sport, Erholung	17
01. Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen.....	17
02. In Pandemien Risikogruppen wirksam schützen	17
03. In Pandemien Überreglementierungen vermeiden.....	17
04. Einwanderer gesundheitlich prüfen und überwachen	17
05. Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln	18
06. Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung	18
07. Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen.....	18
08. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern	18
09. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache	18
10. Wirksam gegen illegale Genitalverstümmelungen vorgehen.....	18
11. Hebammen aktiv unterstützen	18
12. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld	19
13. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens	19
14. Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern.....	19
7. Flächenplanung und Verkehr	19
01. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen.....	19
02. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen.....	20
03. Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich	20
04. Familien beim Eigenheimbau unterstützen.....	20
05. Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam unterbinden.....	20
06. Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen	20
07. Der Bodenspekulation entgegenwirken	20
08. Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten	21
09. In Niedersachsen die Landflucht beenden	21
10. Keine politisch motivierte Umbenennung von Straßennamen	21

11. Straßenausbaubeiträge abschaffen	21
12. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben	21
13. Den Verkehrsfluss verbessern	22
14. Bahnanbindungen verbessern	22
15. Eigenwirtschaftlichkeitszwang des ÖPNV vermeiden.....	22
16. Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben.....	22
17. Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik.....	22
8. Bau- und Wohnungswesen	23
01. Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden.....	23
02. Wohneigentumsquote erhöhen	23
03. Bezahlbares Wohnen fördern – Massenzuwanderung stoppen	23
04. Alternative Wohnformen ausbauen	24
05. Wieder eine Landeswohnungsbaugesellschaft aufbauen	24
06. Den Erholungswert von Freizeitanlagen bewahren.....	24
9. Landwirtschaft	24
01. Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen	24
02. Modernes Internet für jeden Hof	25
03. Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen	25
04. Preisdumping gegen Milchbauern und Schweinezüchter beenden	25
05. Die Besteuerung von Agrardiesel abschaffen.....	25
06. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben	25
07. Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern.....	25
08. Wald und heimische Wildtiere schützen, den positiven Wert der Jagd anerkennen.....	26
09. Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen.....	26
10. Umwelt und Energie.....	26
01. Maßnahmen zum Klimaschutz sind ein Irrweg, wir benötigen Naturschutz.....	26
02. Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom	27
03. Vorsorge gegen Zusammenbrüche der Stromnetze treffen – EEG abschaffen.....	27
04. Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen	27
05. Keine weiteren Windkraftanlagen mehr	27
06. Die Biogasproduktion muss naturverträglich sein.....	28
07. Solarprojekte verteuern den Strom und schwächen die Versorgungssicherheit.....	28
11. Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	28
01. Den Mittelstand vor Ort fördern	28
02. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen.....	29
03. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten	29
04. Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern.....	29
05. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt	29
06. Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge	30
12. Allgemeine Finanzwirtschaft.....	30
01. Die Finanzkraft der Kommunen stärken	30
02. An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren	30
03. Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben	31

04. Steuermittel sparsam und effizient verwenden	31
13. Die Bundeswehr in Niedersachsen willkommen heißen	31
01. Wir stehen hinter unserer Bundeswehr	31
02. Die Bundeswehr ist für Niedersachsen ein Nutzen	32
Teil III: Maßstäbe für weitere und neue Themen.....	33
1. Direkte Demokratie.....	33
2. Gewaltenteilung.....	33
3. Soziale Marktwirtschaft.....	33
4. Die Energieversorgung unseres Landes	34
5. Subsidiarität.....	35
6. Föderalismus.....	35

Vorwort

Die Alternative für Deutschland hat ein Programm, das eigentlich mit einem einzigen Wort beschrieben werden kann: FREIHEIT. Mit Blick auf die einzelnen politischen Fragestellungen ist die Prüffrage generell: durch welche politische Entscheidung wird die Freiheit der Bürger eher erhöht oder eingeschränkt? Für uns ist die Entscheidung einfach: Wir wählen den Weg der Freiheit.

Freiheit meint die Freiheit der Bürger vor der Bevormundung und Fremdbestimmung durch den Staat oder durch besondere Interessengruppen, sei es in Fragen der eigenen Identität, der Kindererziehung, des persönlichen Lebenswandels, der eigenen Weltanschauung, Sprache und Kultur, der wirtschaftlichen Betätigung und des Eigentums. Voraussetzungen der Freiheit des Einzelnen sind Chancengleichheit durch ein funktionierendes Bildungswesen, eine funktionierende Infrastruktur und Sicherheit im Inneren und nach außen. Mit der Freiheit untrennbar verbunden ist die Verantwortung.

Frei ist nur, wer für seine Entscheidungen die Verantwortung übernimmt und für seinen Lebenswandel selbst aufkommt. Wer sich vom Staat ohne eigene Gegenleistung alimentieren lässt, ist nicht mehr frei. Dies muss also die Ausnahme sein. Staatliche Unterstützung sollen nur solche Menschen erhalten, die unverschuldet in Not geraten sind, vergleichbar mit dem Grundgedanken einer Versicherung. Die Solidargemeinschaft hat nicht die Aufgabe, Menschen mit Geld zu versorgen, die nicht bereit sind, ihren eigenen Beitrag zu leisten.

Ausgangspunkt der Entwicklung dieses Programms sind die Positionen, des Grundsatzprogramms der Alternative für Deutschland und in des Landesprogramms der AfD Niedersachsen.

Kein Wahlprogramm kann im Vorfeld zu allen sich möglicherweise ergebenden Fragestellungen eine Antwort geben. Ebenso wenig kann es zu allen lokalen Themen eine Positionierung aufzeigen oder vorgeben. Aus diesem Grunde enthält dieses Wahlprogramm eine Zusammenstellung aller wesentlichen Positionen, die sich an der üblichen Struktur der Fachausschüsse in kommunalen Vertretungen in Niedersachsen orientiert.

Maßgeblich mitbestimmend sind für unsere politischen Ziele sind die Grundpositionen unserer Partei. Diese sind unter I. in der Präambel dargestellt und deren Umsetzung auf kommunaler Ebene formuliert. Teil II enthält eine Auflistung aller Themen, die mehrere Kommunen betreffen. In Teil III sind die unter unseren Grundpositionen festgelegten Grundwerte für die kommunale Ebene ausformuliert. Sie dienen als Beurteilungskriterien für alle offenen Positionierungen dieses Wahlprogramms.

Zur Kommunalwahl 2021 in Niedersachsen tritt nicht der Landesverband der AfD an, sondern die Kreis- und Ortsverbände. Daher entwickeln diese jeweils eigene Kommunalwahlprogramme, die auf die besondere Situation, die konkreten Herausforderungen und die Anliegen der Bürger vor Ort eingehen. Dieses Landesprogramm formuliert die Positionen der Alternative für Deutschland, die grundsätzlich für alle Landkreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen gelten. Bei der Güterabwägung vor Ort können die Kreisverbände im Einzelfall von diesen Positionen abweichen, sofern sie ihnen nicht grundsätzlich widersprechen.

Teil I: Die AfD Grundpositionen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms haben wir, die Mitglieder der Alternative für Deutschland, uns wie folgt positioniert:

Wir sind Liberale und Konservative.

Wir sind freie Bürger unseres Landes.

Wir sind überzeugte Demokraten.

Aus dieser grundsätzlichen Positionierung leiten wir folgende Forderungen auf kommunaler Ebene ab:

1. Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung

Die Alternative für Deutschland steht auf dem Wertefundament der vorab genannten Grundpositionen. Daraus folgt unsere Forderung nicht nur nach der Freiheit auf Bewahrung der eigenen Nation und Kultur, sondern auch der Freiheit des Einzelnen von staatlicher Bevormundung, sei es in Angelegenheiten der Familie und Kindererziehung, des Wohnens und der wirtschaftlichen Betätigung.

2. Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung

Wir bedauern, dass de facto das einzig gesicherte Recht der wahlberechtigten Bürger darin besteht, alle fünf Jahre für die Räte und alle acht Jahre für die Hauptverwaltungsbeamten Namen und Parteien auf Wahlzetteln anzukreuzen.

Darüber hinaus sind im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) Mitwirkungsrechte für Einwohner und Bürger und nur äußerst eingeschränkte Mitentscheidungsrechte für die Bürger in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentschieden (natürlich von „Oben“) festgelegt.

Die Realität zeigt, dass die Barrieren für Mitentscheidungen oder gar Entscheidungen in Niedersachsen so hoch angesetzt sind, dass sie bisher nur in wenigen Fällen angewendet wurden.

Diese Mitbestimmungsrechte wollen wir, wo es möglich ist, verbessern.

3. Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit

Im Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und in Art. 57 der Niedersächsischen Verfassung ist festgelegt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbänden ein Anrecht darauf haben, alle örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln.

Doch was örtliche Angelegenheiten sind, wird nicht durch die Kommunen, sondern durch Bundes- und Landespolitiker entschieden. Dieser Missstand hat dazu geführt, dass die Realität sieht derzeit anders aus: Nur ein Bruchteil der von den Kommunen wahrgenommen Aufgaben sind Aufgaben, in denen noch ein Entscheidungsspielraum besteht. Dieser wird zudem zunehmend durch Regelungen und Vorgaben auf EU-Ebene eingeengt.

Viele kommunale Aufgaben sind solche, die im Auftrag des Bundes oder Landes umgesetzt werden müssen. Dabei ist die Tendenz die, dass der hierdurch verursachte Personal- und Sachaufwand trotz gesetzlicher Festlegung immer weniger durch Zuweisung von entsprechenden Finanzmitteln aus dem Steueraufkommen ausgeglichen wird.

Wir wollen diese Entwicklung umkehren und die Entscheidungsspielräume der Kommunen ausweiten.

Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele

In diesem Teil sind unsere Forderungen und Ziele aufgelistet, die wir über spezifische lokale Themen hinaus innerhalb der aktuell geltenden gesetzlichen Vorgaben und Einschränkungen anstreben und umsetzen wollen.

1. Allgemeine Verwaltung

01. Den öffentlichen Dienst schlank und effizient organisieren

Die Bürger müssen den öffentlichen Dienst bezahlen. Daher haben sie einen Anspruch auf schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen. Wir wollen den Umfang des öffentlichen Dienstes auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Dazu gehört die Verringerung der Anzahl der Verwaltungsebenen wie aber auch die Verbesserung des internen Austauschs und die sachliche Überprüfung der Anzahl der Behörden. Außerdem müssen Behörden eine klare Aufgaben- und Verantwortungszuordnung aufweisen.

Entscheidungen sollen dort vor Ort getroffen werden, wo der Entscheidungsbedarf entsteht. Wir wollen daher Verwaltungsabläufe und -strukturen auch dezentralisieren.

02. Verwaltungsrecht vereinfachen – Datenaustausch verbessern

Verwaltungsrichtlinien und Verordnungen wollen wir auf das für das gesellschaftliche Zusammenleben unbedingt Notwendige reduzieren. Sie müssen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Der notwendige Datenaustausch der Behörden untereinander darf nicht durch übertriebenen Datenschutz behindert werden.

03. Mehr Transparenz schaffen

Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten und frühzeitig über geplante Entscheidungen der Verwaltung und der Räte informiert werden. Es darf keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mehr geben, in denen richtungsweisende Themen hinter verschlossenen Türen angesprochen und entschieden werden.

Dies gilt insbesondere auch für alle finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite. Wir wollen die Verantwortlichkeiten von politischen Entscheidungsträgern transparenter gestalten.

Die Öffentlichkeitsarbeit werden wir verbessern. Wer die Wahrheit unterdrückt oder Falschinformationen und geschönte Statistiken zu verantworten hat, ist für den öffentlichen Dienst ungeeignet.

04. Für eine vernunftorientierte Debattenkultur

Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie und das Recht über der Moral. Daher wollen wir einen Beitrag dazu leisten, mehr Sachlichkeit in die öffentliche Debatte zu tragen und sie zu entideologisieren.

Öffentliche Debatten werden zunehmend moralisierend und durch schablonenhafte, axiomatische Scheinargumente geführt. Beispiele sind die Rassismus-, Klima- und Corona-Debatte. Diese Tendenz schadet unserer Demokratie.

05. Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen

Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.

Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

01. Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei

Die öffentliche Ordnung wird durch aggressives Betteln, öffentliche Gelage, provokatives Verhalten an christlichen Feiertagen und die Okkupation des öffentlichen Raumes z. B. durch Randalierer oder Gruppen von Migranten gefährdet. Auch müssen politische Parteien in ihrer öffentlichen Arbeit vor Angriffen von Störern, Saboteuren und Gewalttätern wirksam geschützt werden.

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte ggf. intern erfolgen und nicht über die Medien lanciert werden.

02. Dem Recht wieder Geltung verschaffen

Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie sowie einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Gesetz wieder uneingeschränkte Geltung.

Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden. Den kommunistischen Gewalttätern der Antifa werden wir entschieden entgegentreten und die Verherrlichung ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie an den Schulen unterbinden.

Wir fordern eine Stärkung der Inneren Sicherheit als eine wesentliche Staatsaufgabe. Die steigende Kriminalität, insbesondere die enorme Zunahme von Gewaltkriminalität durch ausländische Täter und Tätern mit Migrationshintergrund ist eine Bedrohung für unsere Gesellschaft. Bei den Bürgern wächst das Gefühl von Unsicherheit, die staatliche Ohnmacht gegenüber brutalen und respektlosen Straftätern löst Unverständnis aus. Auch die derzeitige Praxis, durch Weglassen von Information über die Herkunft von Tätern die Statistiken zu fälschen, werden wir beenden.

03. Das Gesetz steht über der Religion

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach; es haben sich Terrorzellen gebildet.

Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ein Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann als verfassungsfeindlich unterbunden werden.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den politischen Islam werden wir unterbinden. Den Verkauf kommunaler Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir ab. Vor dem Bau einer Moschee soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Die Genehmigung von Minaretten, anderen islamischen Stilformen und von Muezzin-Rufen wollen wir verhindern. Eine kommunale Finanzierung islamischer Veranstaltungen darf nicht erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerbegünstigung islamistischer Organisationen beendet wird.

04. Unser Land – Unsere Regeln

Wir werden durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat. Zum integrationswidrigen Verhalten zählen u. a.: islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst, Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelungen und die Anbahnung von Kinderehen.

05. Keine Einwanderung durch die Hintertür

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln. Bei der Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber wollen wir deshalb den Lebensstandard in den Heimatländern berücksichtigen und nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten die Anreize zum Asylmissbrauch weitestgehend reduzieren. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern muss auch bei den Asylkosten gelten. Ferner muss zur Bewahrung des sozialen Friedens die Verhältnismäßigkeit der „Flüchtlings“-Zuwendungen zu der staatlichen Unterstützung bedürftiger Einheimischer beachtet werden.

06. Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen

Wir werden den grundgesetzwidrigen „Flüchtlings“-Zustrom der letzten Jahre rückgängig machen. Illegale Zuwanderer müssen in ihre Heimat oder in sichere Drittstaaten zurückgeführt werden. Etwaige Aufenthaltstitel und andere rechtswidriger Weise ergangene Bescheide sind null und nichtig. Wir werden Integrationsmaßnahmen für illegale Zuwanderer beenden. Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebepaxis muss sich zukünftig allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren.

Wir fordern, die Abschiebehaf für ausreisepflichtige Personen bis zur tatsächlichen Ausreise zu vollziehen, damit sie sich nicht der Ausreise entziehen können.

Wir werden sämtliche Geldzahlungen an Personen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland einstellen.

07. Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen

Wir unterstützen die kommunalen Brandschutz- und Rettungsdienste. Sie sind ein Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements und besonderes zu fördern.

3. Schulen

01. Was Schule leisten soll

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem in Niedersachsen ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Die völlig unnötige Abschaffung dieses erfolgreichen Schulsystems und die zunehmende Ersetzung durch eine ideologisierte Einheitsschule lehnt die Alternative für Deutschland damit entschieden ab.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

02. Ganztagschulen lösen nicht unsere Probleme

Der verpflichtenden Ganztagschule wird zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Die fehlenden sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen und Freundschaftsgruppen kann von der Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten. Insbesondere darf die Leistung der Vereine in unseren Kommunen für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht unterschätzt werden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet.

03. Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck

Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Im 21. Jahrhundert muss eine leistungsfähige Schule selbstverständlich zeitgemäße Informationsverarbeitungssysteme sowohl für den Unterricht als auch für die Schulverwaltung nutzen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software flächendeckend durch die Schulträger auszustatten.

Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z.B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen und auszubauen.

Dagegen lehnen wir die digitale Speicherung von Schulbüchern und die Erledigung von Aufgaben aller Art auf Tablets ab, da sie zu einer Ablenkung vom zentralen Unterricht führen. Das gedruckte Schulbuch und das mündliche Unterrichtsgespräch können und dürfen nicht durch den Einsatz digitalisierter Medien wie Tablets ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden. Ein Heimunterricht darf nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.

Die kommunalen Schulträger haben zwingend die Systemadministration als Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung zu gewährleisten.

04. Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium für Regelschulen

Schüler mit guten deutschen Sprachkenntnissen dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein oder kaum Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden.

Schon jetzt haben vor allem islamische Migranten ungewöhnlich häufig schulische Probleme, die oftmals auch durch die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache bedingt sind.

Wir fordern daher vor der Aufnahme an einer Schule bei sprachlichen Defiziten den verpflichtenden Besuch und Abschluss entsprechender Sprachkurse, sowie bei großen kulturellen Unterschieden den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen. Auch hier sind die kommunalen Schulträger gefragt.

Fachliche Aufnahmevoraussetzungen und ausreichende Sprachkenntnisse für die verschiedenen Schulformen müssen auch von Schülern mit Migrationshintergrund nachweislich erfüllt werden. Eine schulische Ausbildung hat selbstverständlich nur für Schüler mit Bleibeperspektive stattzufinden, illegal im Land befindliche Migranten sind nicht zu beschulen.

05. Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen

Die bisherige Inklusion hat das niedersächsische Schulwesen ins Chaos gestürzt und viel Leid bei Schülern, Eltern und Lehrern in Niedersachsen angerichtet.

Wir fordern deshalb die sofortige Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012. Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung der bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen. Die kommunalen Schulträger sollen sich in besonderen Maße für die Wiederherstellung bzw. für den Erhalt der Förderschulen einsetzen.

Wir unterstützen die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.

4. Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

01. Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen

Die staatliche Förderung von kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen oder Vereinen trägt wesentlich zur Bildung unserer Bevölkerung bei. Die AfD Niedersachsen tritt entschieden dafür ein, dass Fördermittel nur an solche Vereinigungen vergeben werden, die ausdrücklich die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes bejahen. Dies gilt auch für diejenigen, die von diesen Vereinigungen Mittel erhalten.

Im Übrigen sind Förderprogramme nur für Projekte aufzulegen, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann. Daher werden wir allen Projekten zur Verbreitung der Genderideologie die Förderung entziehen. Ein wesentliches Kriterium für die Förderung von Kulturinstitutionen und -projekten ist der Grad ihrer Familienfreundlichkeit.

Der Islam ist nicht Teil der abendländischen Kultur- und Wertetradition. Daher lehnen wir nicht nur die kommunale (Teil-)Finanzierung aller islamischer Veranstaltungen und Einrichtungen ab.

02. Musikschulen haben einen besonderen Nutzen

Wir unterstützen die Kreismusikschulen.

Zentrales Anliegen unserer Kulturpolitik ist es, jungen Menschen Kulturtechniken zu vermitteln, die sie befähigen, am kulturellen Leben nicht nur passiv, sondern auch kreativ gestaltend mitzuwirken. Vor allem die Musikschulen sollten durch verbesserte finanzielle Förderung und engere Zusammenarbeit mit den Schulen in den Stand versetzt werden, einem großen Teil der Jugend das Erlernen eines Instrumentes möglich zu machen.

Die wissenschaftlich erwiesene positive Wirkung des Musizierens auf die kognitive und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen rechtfertigt erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet. Die Förderung der sogenannten Soziokultur kann zugunsten dieses Zieles reduziert werden.

03. Wahrung der gelebten Tradition der deutschen Kultur

Wir betrachten es nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und von uns Niedersachsen zu schützen.

Wir wollen unsere gewachsene deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen bewahren. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und deutscher Leitkultur leben können.

04. Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten

Die reiche kulturelle Überlieferung unseres Landes mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach unserer Überzeugung eine zentrale Aufgabe des Staates. Die Finanzierung der bedeutenden niedersächsischen Theater, Orchester und Museen und die Pflege unserer Kulturdenkmäler muss auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen unter allen Umständen sichergestellt werden.

Die Finanzierung staatlicher Kultureinrichtungen dient in erster Linie dazu, dem Volk den Zugang zu Meisterwerken der Musik- und Theaterliteratur zu ermöglichen, die wegen des hohen Aufwands sonst nicht mehr aufgeführt würden. Die Spielplangestaltung der staatlichen Bühnen muss diesen Bildungsauftrag des Staates widerspiegeln und sich daher deutlich von Produktionen der sogenannten „freien Szene“ unterscheiden.

05. Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern

Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit soziokulturellen Einrichtungen darf nicht mehr vernachlässigt werden. Die AfD Niedersachsen wird über geänderte Steuerschlüssel die Kommunen finanziell besser in die Lage versetzen, die sozialen Dienste und das Kulturleben auf dem Lande angemessen zu unterstützen.

Wir unterstützen die Kreisvolkshochschulen.

06. Demokratiefeindlichem Islamismus entgegentreten

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach, Terrorzellen haben sich gebildet.

Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich-

demokratischen Grundordnung. Ein radikaler Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann als verfassungsfeindlich unterbunden werden. Daher werden wir fundamentalistische Moscheen schließen und die Salafistenszene zerschlagen.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam werden wir unterbinden. Hierzu gehört auch ein Verbot der Errichtung von Minaretten und die Beschallung durch den Ruf des Muezzin.

Wir werden auch durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat. Zum integrationswidrigen Verhalten zählen u. a.: islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst, Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelungen und die Anbahnung von Kinderehen.

5. Familien und soziale Sicherung

01. Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien übergreifend auch bei allen kommunalpolitischen Themen.

02. Eine Zukunft haben wir nur mit unseren Kindern

Als Zukunftssicherung brauchen wir in unseren Kommunen eine systematische Kinder- und Familienfreundlichkeit, die die Entscheidung jedes Einzelnen für das Leben mit Kindern erleichtert. Dies trägt zur Sicherung von Entfaltungs- und Lebensräumen für Kinder bei. Es stärkt die Eigenverantwortlichkeit der Kernfamilien und fördert die Familiennetze, die reale Hilfen für Familien in Notlagen bieten.

03. Familien auch in den Kommunen steuerlich entlasten

Wir werden die Grunderwerbsteuer abschaffen. Hierdurch werden auch Familien mit Kleinkindern oder schulpflichtigen Kindern finanziell entlastet, die ein Eigenheim erwerben wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien und diejenigen, die es möchten, Einfamilienhäuser bauen können und hierfür eine entsprechende Förderung erhalten.

04. Kommunale Infrastruktur familienfreundlich gestalten

Für uns gehört zu einer familienfreundlichen Stadt eine kostenlose Schülerbeförderung ebenso, wie eine familienfreundliche Infrastruktur. Wir machen uns in den Kommunen für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Erneuerung und Aufwertung von Spielplätzen und sicherer Schulwege stark.

05. Kommunale Projekte sollen familienfreundlich sein

Wir wollen kommunale Projekte auf ihre Familienfreundlichkeit prüfen und darauf hinwirken, dass die berechtigten Interessen von Familien angemessen berücksichtigt werden.

06. Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe

Wir begreifen unsere kulturell überlieferten Methoden in der Kindererziehung als Bereicherung für das eigene Leben und als besonderen Verdienst für die Gesellschaft.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern der Eltern. Der Staat hat einen Bildungsauftrag, keinen Erziehungsauftrag. Wir begreifen unsere kulturell überlieferten Methoden in der familiären Kindererziehung als Bereicherung für das eigene Leben und als besonderes Verdienst für die Gesellschaft. Eltern müssen wieder lernen, ihre Kinder selbst zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen, die Freiheit und Verantwortung gleichwertig nebeneinanderstellen können. Der Tendenz, Kinder an Kindergärten und Schulen politisch zu indoktrinieren, stellen wir uns entschieden entgegen.

07. Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder

Unser Ziel ist es, Familien konsequent ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen. Familien und Kinder haben bei der Alternative für Deutschland Vorrang.

In der Sicherung der Zukunft unserer Kinder liegt eine der Hauptmotivationen unseres Handelns. Die Armut von Kindern und die damit verbundene soziale Ausgrenzungen sind eines hochentwickelten Industrielandes unwürdig und bedürfen einer Lösung.

Das „Bildungspaket“ aus der Hartz-IV-Gesetzgebung ist bürokratiebeladen und wird daher nur zögerlich in Anspruch genommen. Die AfD will es entbürokratisieren und darüber hinaus in Städten und Kommunen gemeinsam mit Schulen, Kitas und Sportvereinen Bündnisse für benachteiligte Kinder schließen. Ermöglicht werden sollen hierdurch Nachhilfe- und Bildungsprojekte sowie gemeinsame Freizeit- und Sportaktivitäten.

08. Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern

In der Jugend- und Sozialhilfe gilt es, nicht Missstände zu verwalten, sondern sie abzustellen. Fördern und fordern gehören zusammen. Wo die Familie versagt, muss angemessen eingegriffen werden. Um verwahrloste und kriminelle Jugendliche zu resozialisieren, müssen ihnen die Normen und Werte unserer Gesellschaft nachhaltig vermittelt werden. Hierzu werden wir in ausreichendem Maße geschlossene Einrichtungen zur Verfügung stellen. Jugendliche, die sich dem entziehen oder verweigern, müssen konsequent mit den gesetzlichen Möglichkeiten sanktioniert werden.

09. Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten

Wir setzen uns für eine deutlich positive Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht von Mutter und Vater. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Auch deswegen unterstützen wir die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie oder durch Unterstützung von Tagesmutterbetreuung statt bedingungslosen Kindertagesstätte-Ausbaus. Die möglichst frühe Übergabe von Kleinstkindern in staatliche Betreuung sehen wir sehr kritisch.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer wohnortnahen Krippe und einem Kindergarten betreuen lassen. Deshalb setzt

sich die AfD für die vollständige Abschaffung von Kindergartengebühren, ein.

10. Beratung und Ermutigung für junge Paare

Wir wollen junge Eltern ermutigen, denen dies nicht von ihren Eltern vermittelt wurde, einen Haushalt zu führen und ihre Kinder verantwortungsbewusst zu erziehen. Wir schaffen deshalb Beratungsangebote für junge Paare und Eltern, damit sie ihre Aufgaben und ihre Verantwortung als Eltern kennen lernen und sie erfüllen können.

Dies beginnt bei der Zubereitung von gesunden und schmackhaften Mahlzeiten in der eigenen Küche, zieht sich über Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Hausaufgaben, Regeln zum Umgang mit elektronischen Medien und Spielkonsolen und endet bei der persönlichen Zuwendung bei der abendlichen Gute-Nacht-Geschichte.

Hinzu kommt die Vermittlung von Fertigkeiten und Förderung der Fähigkeiten des täglichen Lebens. Von besonderer Bedeutung ist, Kinder zu ermuntern, statt sie abzuschirmen.

Wir wollen das Instrument der Kreisvolkshochschulen nutzen, um in dieser Richtung noch stärker und flächendeckend gezielte Bildungsangebote für junge Familien zu machen, und mit Nachdruck hierfür werben.

11. Kommunale Familiengründungsdarlehen einführen

Wer eine Familie gründen will, hat besondere Anschaffungskosten, z. B. für die Einrichtung von Kinderzimmern. Daher fordern wir die Einführung von zinsfreien Familiengründungsdarlehen für frisch verheiratete Ehepaare in Höhe von 10.000 Euro. Dieses Darlehen ist ab dem dritten Jahr mit 100 Euro monatlich zu tilgen. Bei der Geburt des ersten Kindes werden 1.500 Euro der Kreditsumme erlassen, bei Geburt des zweiten Kindes 2.000 Euro und schließlich bei der Geburt des dritten Kindes 2.500 Euro. Diese Leistung gilt für deutsche Staatsbürger, von denen zumindest ein Ehepartner bereits mindestens drei Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein muss.

12. Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, bei gleichzeitig optimalen Bedingungen für unsere Kinder.

Wichtig ist es uns, dass Frauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, durch gezielte Fort- und Weiterbildungsprogramme entsprechend gefördert werden. Den Berufsrückkehrerinnen wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, wieder in ihrem erlernten Beruf ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Der bereits bestehende Anspruch auf Kita- und Krippenplätze muss insbesondere für berufstätige Frauen endlich praxisnah umgesetzt werden. Hierbei sind die Öffnungszeiten an den Berufsalltag unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten anzupassen.

13. Reserven aktivieren und besser qualifizieren

In Niedersachsen gibt es viele Arbeitslose und Unterbeschäftigte, vielfach auch Langzeitarbeitslose oder Hartz-IV-Abhängige. Dieses Reservoir kann aktiviert und qualifiziert werden. Die Zuwanderung gering- oder unqualifizierter Personen, wie aktuell betrieben, ist daher völlig unsinnig.

Die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer ist beizubehalten.

Unsere Sozialsysteme gewähren bundesdeutschen Staatsbürgern die materiellen Voraussetzungen für die Existenzsicherung und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Sie wurden nicht für Bürger anderer Länder erlassen.

Grundsicherung, Sozialhilfe und Kindergeld dürfen nur an Menschen ausgezahlt werden, die deutsche Staatsbürger sind oder die in Deutschland mindestens fünf Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Es gelten dann die Regelsätze ihres jeweiligen Wohnsitzlandes.

Transferzahlungen an Ausländer sind deutlich zu reduzieren und wie BAföG als rückzahlbare Staatsleistung zu behandeln. Sachleistungen haben Vorrang vor Geldleistungen. Sozialbetrug ist im Rahmen der Gesetze konsequent zu verfolgen.

14. Sozialhilfe nur für Bedürftige

Wir fordern, dass Sozialbetrug, der z.B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch Meldung an mehreren Wohnorten begangen wird, endlich konsequent bestraft wird. Hierzu wollen wir unter anderem den innerbehördlichen Datenaustausch deutlich verbessern. Die Ordnungsbehörden der Kommunen müssen geltendes Recht umsetzen. Wenn durch pflichtwidriges Handeln ein finanzieller Schaden entstanden ist, werden wir die betreffenden Mitarbeiter oder Leiter von Behörden in Regress nehmen. So werden wir Verantwortliche, die unter Missachtung des Gesetzes unberechtigt Gelder an angeblich Bedürftige auszahlen, wegen Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Finanzmittel zur Rechenschaft ziehen.

Zahlungen an Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung stellen wir konsequent ein. Ausreisepflichtige schieben wir ohne Verzug ab.

15. Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden

Der Mitarbeiter, der bei Migranten erstens über die Duldung entscheidet und Ausweisungen tatsächlich beantragt und der zweitens über den Minderjährigen-Status entscheidet, sitzt in unseren Rathäusern. Wir werden die Behörden zur Rechtstreue anhalten und uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Gesetze auch gegen den Widerstand der „Gutmenschen“ durchgesetzt werden. In der Demokratie steht das Recht über der Moral.

16. Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir wollen das Gemeinwesen fördern und die Wohn- und Lebensqualität in den ländlichen Gemeinden verbessern. Neben den klassischen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Kitas und Schulen sollen auf ehrenamtlicher Basis Treffpunkte mit vielfältigen Angeboten für Menschen aller sozialen Gruppen geschaffen werden.

Das dörfliche Leben wird durch ehrenamtlich engagierte Mitmenschen gestärkt, die in der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aktiv sind, wie auch als Dorfhelferinnen oder im Landfrauenbund sowie bei den Tafeln. Wesentliche Träger ehrenamtlichen Engagements sind außerdem die klassischen Vereine, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Hierzu gehören Sport-, Schützen-, Heimat-, Gesangs- und Kulturvereine.

6. Gesundheit, Sport, Erholung

01. Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Gesundheit gehört zu den höchsten Lebensgütern. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern des modernen Sozialstaates. Ärztemangel und eine älter werdende Gesellschaft stellen die ländlichen Regionen schon jetzt vor große Herausforderungen. Für die Entscheidung junger Familien, sich in ländlichen Regionen niederzulassen, ist eine flächendeckende allgemeinmedizinische, kinderärztliche und zahnärztliche Versorgung ebenso unabdingbar wie die Möglichkeit, die Dienste von Hebammen in Anspruch nehmen zu können. Wir setzen uns deshalb für eine dezentrale, wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger ein.

Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis im Rahmen der ärztlichen Selbstverwaltung, ggf. auch als Gemeinschaftspraxis, soll weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. Durch das flächendeckende Angebot eines Hausarzt systems sollen ambulante Behandlungen besser koordiniert und Doppeluntersuchungen vermieden werden.

Um dies sicherzustellen, muss die finanzielle Unterstützung z. B. von Ärzten, die mit ihrer Praxis in die ländlichen Regionen wechseln, gegeben sein.

Wir begrüßen neben der tragenden Säule der niedergelassenen, freiberuflichen Ärzteschaft auch alternative Versorgungsformen, wie etwa lokale Gesundheitszentren, da dort auch Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen im Angestelltenverhältnis arbeiten können.

Den Betrieb von Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da Gesundheitszentren einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen und nicht der Gewinnmaximierung unterliegen sollten.

02. In Pandemien Risikogruppen wirksam schützen

Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind vielfältig. Um seinen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Gesundheitsämter mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Ziel muss es sein, die Bevölkerung im Rahmen der Gesetze vor todbringenden, hoch infektiösen Krankheiten zu schützen. Im Fall der für gesunde Menschen in der Regel nicht lebensbedrohlichen Coronaviren gilt es, diejenigen Menschen wirksam zu schützen, die durch beispielsweise altersbedingte Vorerkrankungen zur Risikogruppe zählen.

03. In Pandemien Überreglementierungen vermeiden

Methoden, die an einen Überwachungsstaat erinnern, lehnen wir ab. Die Bürger tragen als freie Menschen auch eine Eigenverantwortung für sich und ihre Mitmenschen. Ihnen muss der Staat Ermessensspielräume einräumen und darf nicht versuchen, das private und wirtschaftliche Leben unangemessen zu reglementieren oder gar zu strangulieren.

04. Einwanderer gesundheitlich prüfen und überwachen

Seit Beginn der Masseneinwanderung erfolgt ein signifikanter Anstieg meldepflichtiger Infektionskrankheiten, vermehrt auch mit resistenten Erregern. Hierzu gehören beispielsweise TBC, HIV, Hepatitis, parasitäre Darmerkrankungen, ansteckende Hauterkrankungen, Masern und Kinderlähmung (Polio). Erforderlich sind einheitliche, verpflichtende Quarantäneregeln und Gesundheitstests bei

einreisenden Einwanderern, um die Ausbreitung von hochansteckenden Erkrankungen durch rechtzeitige Diagnose und Therapie einzudämmen.

05. Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln

Wir fördern die substanzielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Effizienz und Bürgerbeteiligung zu schaffen.

06. Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung

Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir wollen regionale Krankenhäuser erhalten und lehnen die Privatisierung der Medizin durch Klinikkonzerne mit ihrem Streben nach maximalem Profit ab. Hierzu ist es erforderlich, den seit langem bestehenden Investitionsstau der Krankenhäuser aufzulösen. Um die kommunale Eigenverantwortung zu stärken, fordern wir die Abschaffung des dualen Finanzierungssystems auf Landesebene zugunsten einer verbesserten Finanzausstattung der Landkreise.

07. Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern. Die Parteibuchwirtschaft und Selbstbedienung müssen ein Ende haben.

08. Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, flächendeckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und außerhalb der üblichen Praxiszeiten erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlgesteuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicherheit.

09. Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen. Bei Einstellungen ist darauf zu achten, dass Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, die deutsche Sprache sicher beherrschen.

10. Wirksam gegen illegale Genitalverstümmelungen vorgehen.

Bei den Einschulungsuntersuchungen muss sichergestellt werden, dass illegale Genitalverstümmelungen bei Jungen und Mädchen erkannt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit psychologischem Dienst, Jugendamt und Polizei ist hier notwendig. Gegenüber den Tätern und ihren Anstiftern sollte der strafrechtliche Handlungsrahmen voll ausgeschöpft werden.

11. Hebammen aktiv unterstützen

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche

Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten und die Kosten durch das Land oder die Kommune übernehmen zu lassen.

Auch sollten Hebammen und andere im Einsatz befindliche Dienstleister des Gesundheitswesens grundsätzlich von Parkgebühren für ihre Fahrzeuge befreit werden.

12. Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld

Schwere Fehler in der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte führen zu einer demographischen Entwicklung mit einer Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei zu erwartender Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dies ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

13. Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens

Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.

14. Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern

Die Jugend benötigt Freizeitangebote auf dem Lande, damit sie dort verwurzelt bleibt und der Landflucht entgegengewirkt wird. Hierzu können z.B. Diskotheken in Gewerbegebieten mit Nachtbusanbindung gehören.

7. Flächenplanung und Verkehr

01. Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Die politische Einflussnahme auf die Planung, Vergabe und Durchführung öffentlicher Bauprojekte richtet erhebliche Schäden an. Der Flughafen Berlin ist hierfür nur ein Beispiel. Fachentscheidungen gehören in die Hand von hierfür fachlich ausgebildeten und ihrer Neutralitätspflicht verbundenen Beamten.

Öffentliche Bauprojekte müssen professionell geplant und ausgeführt werden. Hier ist professionelles Projektmanagement ohne politisches Herumlavieren erforderlich. Die Rechtssicherheit ist ein unverzichtbarer Bestandteil öffentlichen Handelns. Hinzu kommen jedoch auch Effizienz und Pragmatismus. Zuständige Beamte sind entsprechend im Projektmanagement nach der DIN 69901 zu schulen und weiterzubilden. Die Leistungsüberwachung und das Kostenmanagement für öffentliche Projekte müssen verbessert werden und bereits bei der Ausschreibung und Auftragsvergabe greifen. Private Auftragnehmer sind für Mängel und die Nichteinhaltung von Vorgaben konsequent in Haftung zu nehmen, so wie es in der Privatwirtschaft üblich ist.

02. Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen

Entscheidend und unverzichtbar ist die Rechtssicherheit von Planungsentscheidungen, also die Bestandskraft der Planung. Die derzeit noch vorhandenen Möglichkeiten richterlicher Blockaden oder klientelbezogener Einflussnahmen auf Mikroebene müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit weichen.

Wir werden das öffentliche Bau- und Planungsrecht optimieren. Raumordnungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren müssen innerhalb weniger Monate rechtssicher durchgeführt werden können. Die Anzahl der Träger öffentlicher Belange ist auf das minimal notwendige Maß zu reduzieren. Grundsätzlich muss das Gemeinwohl wieder Vorrang vor den einzelnen Interessengruppen erhalten.

03. Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich

Sogenannte „Public-Private-Partnership-Modelle“ (PPP/ÖPP) verschleiern Bau- und Betriebskosten und sind teurer als konventionelle Vorhaben. Sie begünstigen zudem große Bau- und Straßenbauunternehmen gegenüber dem Mittelstand vor Ort und werden von uns daher strikt abgelehnt.

04. Familien beim Eigenheimbau unterstützen

Die AfD will den Wohnraum für junge Familien fördern und eine Infrastruktur schaffen, in der sich Kinder willkommen fühlen. Wir unterstützen daher eine aktive Baupolitik, die eine bevorzugte Flächenzuweisung und eine vergünstigte Vergabe von Bauland an kinderreiche deutsche Familien vorsieht.

Das Mehrgenerationenwohnen wird von uns als Grundsatz in den Bauleit- und Flächennutzungsplanungen verankert.

05. Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam unterbinden

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den politischen Islam werden wir unterbinden. Den Verkauf kommunaler Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir daher ab. Vor dem Bau einer Moschee soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Die Genehmigung von Minaretten, anderen islamischen Stilformen und von Muezzin-Rufen wollen wir verhindern.

06. Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen

Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sollte darauf geachtet werden, dass nicht ein Übermaß an naturnahen Landschaften verloren geht. Außerdem sollten nach Möglichkeit keine Gewerbebetriebe angesiedelt werden, welche in ruinöser Konkurrenz zu den bereits ortsansässigen lokalen Betrieben stehen würden.

07. Der Bodenspekulation entgegenwirken

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte.

Freie Flächen nehmen rapide ab, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam verdichtet und Industriebrachen neu genutzt werden. Daher lehnen wir die großflächige Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ab.

08. Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten

Wir unterstützen die ökologische Aufwertung von Brachflächen in Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnbereichen, z. B. auf Flachdächern oder in Verkehrskreiseln. Hier können Blühflächen, Nutzsträucher und Obstbäume angepflanzt werden.

09. In Niedersachsen die Landflucht beenden

In Niedersachsen findet derzeit eine ungebremschte Wanderungsbewegung vom Land in die Städte statt. Diese Landflucht trägt dazu bei, dass bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten kaum noch vorhanden ist. Daneben droht die Gefahr, dass der ländliche Raum verödet und dort die Basisinfrastruktur nicht mehr uneingeschränkt vorgehalten werden kann.

Die AfD Niedersachsen setzt sich dafür ein, der Landflucht entgegenzuwirken, indem das Leben außerhalb der Städte wieder attraktiver wird. Voraussetzung ist eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft.

Wir unterstützen mittelständische Strukturen, z. B. in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelerzeugung und -veredelung. Die überzogene bürokratische Gängelung von Hofläden, Landschlachtereien und mittelständischen Molkereibetrieben werden wir beenden.

10. Keine politisch motivierte Umbenennung von Straßennamen

Stigmatisierung und Tabuisierung der Vergangenheit taugen nicht dazu, sich differenziert und kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden sind mehr als nur Orientierung im öffentlichen Raum. Sie rufen historische Personen und Ereignisse wach. Sie erinnern, schaffen und vermitteln Bewusstsein für die eigene Geschichte und Kultur. Sie aus ideologischen Gründen umzubenennen, halten wir grundsätzlich für falsch. Diesen Fehler der DDR wollen wir nicht wiederholen.

11. Straßenausbaubeiträge abschaffen

Der Straßenbau ist eine klassische Staatsaufgabe. Straßenausbaubeiträge belasten einseitig nur die Anwohner, obwohl die Straßen anschließend durch alle Bürger genutzt werden können. Dies führt einerseits zu einer erheblichen Ungleichbelastung aber auch zu Bürgerwiderstand gegen eigentlich notwendige Ausbaumaßnahmen.

Dem Bund stehen durch die Kraftfahrzeugsteuer bereits enorme Steuereinnahmen zur Verfügung, während die Kreise und Kommunen für den Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen eigene Steuereinnahmen einsetzen müssen.

Wir wollen diesen Mangel im Rahmen der Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben. Wir fordern, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und durch einen Anteil an der KFZ-Steuer zu ersetzen oder durch eine nutzungsgerechte Lösung zu ersetzen.

12. Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben

Staus und der Verschleiß überlasteter Umleitungen verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten für Bürger und Unternehmen müssen endlich berücksichtigt werden. Auch sollen Baumaßnahmen die Bürger und die gewerbetreibenden so wenig wie möglich einschränken.

Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben. Innenstädte, aber auch ländliche Räume, sind vom Schwerlast-Transitverkehr freizuhalten.

13. Den Verkehrsfluss verbessern

Eine Verbotskultur gegen den Individualverkehr lehnen wir ab. Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützte werden. Der Verkehrsfluss auf den Durchgangsstraßen soll durch intelligente Schaltung der Ampelanlagen verbessert werden, dadurch können in Städten die täglichen Stunden mit Stop-and-Go vermieden werden. Ein Gewinn für Fahrer und Passanten.

Verkehrstechnische Maßnahmen mit dem Ziel, den Individualverkehr künstlich zu behindern, lehnen wir grundsätzlich ab. Außerdem sollten abseits von Unfallschwerpunkten Ampelanlagen in Zeiten geringen Verkehrsaufkommens grundsätzlich abgeschaltet werden.

Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit, nicht den Kommunalfinanzen. Daher setzen wir uns dafür ein, ortsfeste Radarfallen durch vorangestellte Hinweisanlagen zu ergänzen oder sie zu ersetzen.

14. Bahnanbindungen verbessern

Wir unterstützen verbesserte Bahnanbindungen im ländlichen Raum. Hierzu gehören intelligente Beförderungskonzepte, z.B. durch Kleinzüge und Schienenbusse, um trotz geringem Verkehrsaufkommen wirtschaftliche Angebote machen zu können. Wir unterstützen daher auch den Gedanken einer „Bürgermitfahrbank“.

15. Eigenwirtschaftlichkeitszwang des ÖPNV vermeiden

Bei öffentlichen Ausschreibungen ist der Betreiber bisher zur Eigenwirtschaftlichkeit gezwungen. Städtische Zuschüsse sind dann nicht mehr erlaubt. Wir wollen, dass die Bürger hierüber lokal entscheiden können. Die Pflicht zu EU-weiten Ausschreibungen lehnen wir ab, weil sie Billiganbieter bevorzugen und lokale Anbieter aus dem Markt drücken.

16. Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben

Wir werden den Ausbau des sogenannten Bürgerbus-Netzes mit Kleinbussen vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

17. Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik

Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit und den Tourismus.

Das erfordert jedoch die kontinuierliche Pflege der Radwege. Hereinragende Büsche und Fahrweg mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel. Vorrangig fordern wir, kurze Lücken zwischen den vorhandenen Streckenabschnitten zu schließen. Wir wollen die Gemeinde fordern und in die Lage versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen.

Wir wollen jedoch kein Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen investieren, weil dies nur einigen wenigen Extrem-Radfahrern zugutekommt.

8. Bau- und Wohnungswesen

01. Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden

Wir lehnen die Bevormundung durch Bauleitlinien ab, bei denen Eigentümern ideologische Vorgaben gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die Vorgabe der Heiztechnologie und die Reduzierung der Anzahl wohnungsnaher Stellplätze für PKW.

Die Ermessensspielräume bei Planungsverfahren und Bauanträgen sind grundsätzlich im Sinne des Bürgers voll auszuschöpfen. Nicht alle Bauvorgaben sind durch Bundes- und Landesgesetze erzwungen. Daher wollen wir die Bauverwaltung verpflichten, ihre gemeindeeigenen Bauvorgaben zu durchforsten, um Vorgaben, die das Bauen unnötig verteuern, zu streichen.

02. Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die mit Abstand niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern. Wir unterstützen Bemühungen der Kommunen, junge Familien zu motivieren, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen. Hier sind Städte und Gemeinden gefordert, günstiges Bauland auszuweisen.

Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen und Förderungen vom Gesetzgeber geschaffen werden, um diese Bemühungen zu unterstützen.

In Ergänzung zum staatlichen Wohnungsbau wollen wir auch den privaten Wohnungsbau fördern.

03. Bezahlbares Wohnen fördern – Massenzuwanderung stoppen

Wohnen in Niedersachsen muss auch bei geringerem Einkommen – insbesondere in unseren Städten – wieder möglich sein. Wir setzen uns daher für bezahlbare Kaufpreise und Mieten in den Ballungszentren ein. Hierzu wollen wir zur Eigentumsförderung Grundstücke der öffentlichen Hand sozial gestaffelt mit verminderten Kaufpreisen oder in Erbbaurecht zur Verfügung stellen und genossenschaftliches Wohnen fördern.

Kommunale Wohneigentum- und Mietförderung soll vorrangig an Arbeitende mit Kindern (ein oder beide Eltern arbeiten) erfolgen und anschließend Arbeitende und ehemals Arbeitende (Rentner, Erwerbsunfähige und Berufsunfähige) begünstigen, damit sich Leistung wieder lohnt.

Wir beenden die bisherige Politik der Verdrängung von arbeitenden Menschen aus ihren Wohnungen durch den Staat, der jede Miete zahlen kann, um solche Wohnungen an Zuwanderer zu geben.

Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Duldung von abgelehnten Asylbewerbern von den

Gemeinden restriktiver gehandhabt wird, um die Blockierung von vorhandenem Wohnraum zu reduzieren.

04. Alternative Wohnformen ausbauen

Alternative Wohn- und Betreuungsformen werden mit steigender Anzahl alter Bürger immer wichtiger. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das sinkende Rentenniveau die Finanzkraft der zukünftigen Rentner schmälern wird.

Wir unterstützen daher die vielfältigen Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen. Sie reichen vom Wohnen zu Hause mit Unterstützung – etwa dem betreuten Wohnen – über Stadtteilkonzepte, generationsübergreifendes Wohnen, Seniorenhausgemeinschaften, Seniorenwohngemeinschaften über ambulant betreute Wohngemeinschaften bis hin zu teil- und vollstationären Einrichtungen.

Das Ziel der vielfältigen neuen Wohnformen ist es zum einen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zum anderen spielt das selbstbestimmte Wohnen bis an das Lebensende eine besondere Rolle.

Auch ökologische Aspekte werden aufgegriffen, indem energetisch sinnvolle Gesamtkonzepte entwickelt werden. Die Siedlungs- und Stadtentwicklung erhält somit in baulicher, ökologischer und sozialer Hinsicht neue Impulse.

Dieser Wohnwandel erfordert aber auch eine Verbesserung der kommunalen und finanziellen Rahmenbedingungen, um das neue Wohnen unterstützen zu können. Wohn-Pflege-Gemeinschaften und andere innovative Wohnformen für ältere Menschen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung, Teilhabechancen sowie Wahlfreiheit bei Pflege- und Betreuungsleistungen aus.

05. Wieder eine Landeswohnungsbaugesellschaft aufbauen

Wir fordern den umgehenden Wiederaufbau einer Landeswohnungsbaugesellschaft als zusätzlichen Akteur am Wohnungsmarkt. So werden dringend benötigter Wohnraum geschaffen und wieder unmittelbarer Einfluss auf die Mietpreisentwicklung genommen.

Eine Landeswohnungsbaugesellschaft könnte außerdem die nicht abgerufenen Mittel für den Bau von Belegrechtswohnungen („Sozialwohnungen“) in Anspruch nehmen, um dieses wichtige Segment des Wohnungsbaus zu stärken und so die Kommunen zu entlasten.

06. Den Erholungswert von Freizeitanlagen bewahren

Wochenendhausgebiete, Kleingartenanlagen, Campingplätze sind Refugien für die Erholung. Sie sind in der gemeindlichen Bauleitplanung nach Art und Maß der Nutzung dargestellt und festgesetzt. Wir wollen sie im Rahmen des Möglichen fördern. Eine missbräuchliche, dem Allgemeinwohl zuwiderlaufende Nutzung (z.B. Dauerwohnen oder die Erweiterung in den geschützten Außenbereich) lehnen wir ab.

9. Landwirtschaft

01. Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen

Eine bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger sollte in Niedersachsen bei der gesamten Pflanzenproduktion möglich bleiben. Die AfD wünscht eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete

mit aktuellen und regional begrenzten Nitratmesswerten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur die Landwirtschaft Verursacher für eine hohe Nitratbelastung einzelner Grundwasserkörper ist.

02. Modernes Internet für jeden Hof

Die Digitalisierung im ländlichen Raum muss weiter vorangetrieben werden. Landwirtschaftliche Betriebe in Einzellage dürfen dabei nicht ausgenommen werden.

03. Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen

Die AfD lehnt jede weitere Verschiebung des Geldes aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite Säule ab. Wir werben dafür, dass die getätigten Verschiebungen rückgängig gemacht werden. Die Unterstützungszahlungen aus der ersten Säule sind keine Subvention für die Landwirte, sondern ausschließlich ein Ausgleich, um das Gefälle zum Weltmarktpreis auszugleichen.

04. Preisdumping gegen Milchbauern und Schweinezüchter beenden

Die AfD fordert für die Milchbauern als Sofortmaßnahme einen Garantiepreis von 0,40 € je Liter Milch. Die schon seit Jahren andauernde Unterdeckung der Produktionskosten bei den Milchbauern hat dazu geführt, dass Investitionen unterblieben sind. Dabei kommt die gesamtgesellschaftliche Forderung nach mehr Tierwohl in den Blick. Unverzichtbar für das Kriterium „Tierwohl“ sind moderne neue Milchviehställe. Die Forderung nach mehr Tierwohl für die Nutztierhaltung in der Landwirtschaft findet gesamtgesellschaftlich eine überaus hohe Zustimmung. An der Ladentheke ist davon dann leider nichts mehr zu spüren.

Wir fordern, bei entsprechender Marktlage Maßnahmen zur Marktpreisstützung für Schweinefleisch durch staatliche Beihilfen für die private Lagerhaltung. Diese Marktpreisstützung wäre EU-konform und wird durch Brüssel subventioniert.

05. Die Besteuerung von Agrardiesel abschaffen

Wir werben massiv dafür, dass die Besteuerung des Agrardiesels eingestellt wird. Was in Frankreich möglich ist, muss auch bei uns möglich sein. Diese Maßnahme wäre ein Beitrag zum Bürokratieabbau sowie zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

06. Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben

Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung der Nutztiere sichergestellt werden. Sicherheit gilt aber auch für die Zuchtbetriebe und Höfe: Wo NGOs und private Vereine mit kriminellen Aktionen gegen Tierhalter aktiv sind, muss dies juristisch geahndet werden.

Wir unterstützen den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil sie den Schlachtverkehr kurz halten und keine „Stallhaltung auf Rädern“ betrieben wird. Industrielle Großschlachthöfe lehnen wir ab. Eine Alternative wären kleine, mobile Schlachthöfe, wie sie in Frankreich betrieben werden.

07. Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern

Der Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben auch mit kleinteiligen Strukturen und sichert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung.

08. Wald und heimische Wildtiere schützen, den positiven Wert der Jagd anerkennen

Der Wald ist ein unverzichtbarer Faktor für die menschliche Gesellschaft. Ein lebender Wald ist ein Umweltschützer ersten Ranges. Er ist ein bedeutsamer Faktor für die menschliche Erholung. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Der Wald hat in den vergangenen Dürre Jahren enorm gelitten. Die derzeit durch Bund und Land gewährten Aufforstungshilfen müssen für mindestens eine Dekade fortgesetzt werden.

Wir stehen an der Seite der Jagdpächter und Jäger, denn diese leisten einen wichtigen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz. Eine weitere Verschärfung des Jagdgesetzes lehnen wir ab. Wir fordern unter anderem für die Bekämpfung der Afrikanische Schweinepest (ASP) den Einsatz von Nachtzielgeräten und Schalldämpfern bei der Jagd.

Wir orientieren uns bei der Jagdausübung an dem Leitbild: „Wald mit Wild im Einklang mit der Natur.“

09. Weidetierhalter schützen – Wolfspopulation begrenzen

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten dieser neu angesiedelten Raubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind in ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auch auf die Nutztiere auf der Weide ausgedehnt hat.

Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl für Wölfe festgelegt: Frankreich 500, Schweden 350. Es wird Zeit, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

10. Umwelt und Energie

01. Maßnahmen zum Klimaschutz sind ein Irrweg, wir benötigen Naturschutz

Das Klima in allen Klimazonen der Erde - von tropisch bis polar - wandelt sich naturgesetzlich seitdem die Erde besteht. Die Veränderung des Klimas hat in erster Linie kosmische Gründe, vor allem Schwankungen der Einstrahlung der Sonne, ein nennenswerter Einfluss des Menschen ist nicht gegeben.

Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, auch weil sie die positiven Effekte steigender CO₂-Konzentrationen nicht berücksichtigt. CO₂ ist die Grundlage allen Lebens auf der Erde, denn aus CO₂ bauen Pflanzen die Biomasse, von der Tiere und Menschen leben. Durch den steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre kam es bereits zu einem Ergrünen der Erde, und die Möglichkeiten für die Welternährung haben sich deutlich verbessert. Die Bemühungen, die Emission von CO₂ durch den Übergang zu den sog. „erneuerbaren“ Energien zu verringern, zerstören die Grundlagen unseres Wohlstands.

Die Klimahysterie in Deutschland führt zur großflächigen Zerstörung der Natur, z.B. durch Maismonokulturen, Windräder und Solarparks. Wir lehnen daher alle Maßnahmen zum sog. Klimaschutz ab, insbesondere auch die Planstellen für die sog. „Klimabeauftragten“.

Wir stehen für den Erhalt der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Heimat. Daher lehnen wir die Umweltzerstörung durch die Altparteien, insbesondere die Grünen, ab.

Wenn Gartenabfälle verbrannt werden, so handelt es sich um nachwachsende Rohstoffe, die keinen Einfluss auf das Klima haben. Daher werden wir entsprechende Verbote sowie die Brauchtumsfeuerverordnung aufheben.

02. Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom

Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen für Solaranlagen und den Anbau von Maismonokulturen zur Biogaserzeugung hat dramatisch zugenommen. Neben den negativen Folgen für die Umwelt führt dies auch zur Erhöhung der Pachtzinsen und somit zu einem Verdrängungseffekt zu Lasten konventioneller bäuerlicher Betriebe und von Biobauern. Das geänderte EEG lässt außerdem zu, Bauvorhaben im Namen des Klimaschutzes von naturschutzrechtlichen Beschränkungen vollständig zu befreien. Beides lehnen wir ab.

Der Entstehung von EEG-subsidierten Solarparks auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Naturschutzgebieten treten wir deshalb entschieden entgegen.

03. Vorsorge gegen Zusammenbrüche der Stromnetze treffen – EEG abschaffen

Elektrische Energie muss sekundengenau bereitgestellt werden, so wie sie auch verbraucht wird.

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG und die sonstigen Maßnahmen der sogenannten „Energiewende“ wird die Sicherheit der Stromversorgung zunehmend gefährdet. Die Gefahr von Netzausfällen steigt in der nächsten Zeit dramatisch an.

Die Abschaffung des EEG ist daher eine zentrale Forderung der AfD, denn alle Bemühungen, durch eine vorübergehende Subventionierung (sog. „Anschubfinanzierung“) zu marktfähigen Anlagen zu kommen, sind gescheitert. EE-Anlagen können stattdessen im Rahmen der Gewerbefreiheit (also ohne Subventionen) ganz normal errichtet werden, sofern sie nicht der Natur oder den Menschen schaden.

Um auf die kommenden Stromausfälle vorbereitet zu sein, sollten für Tankstellen Notstromaggregate bereitgestellt werden.

04. Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen

Vermeehrt tritt der Fall ein, dass bei Windkraftanlagen der 20-jährige Zeitraum der Subventionierung abläuft. Es ist in den meisten Fällen nicht gelungen, im Anschluss an den Subventionierungszeitraum einen marktfähigen Betrieb dieser Anlagen zu erreichen.

Eine weitere Subventionierung von Anlagen, die keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Betrieb erwarten lassen, lehnen wir entschieden ab. Diese Anlagen müssen einschließlich der Fundamente vollständig zurückgebaut werden.

05. Keine weiteren Windkraftanlagen mehr

Ein weiterer Zubau von Windkraftanlagen ergibt keinen Sinn, denn da die neuen Anlagen den Strom zur falschen Zeit liefern würden (wie die bestehenden auch), führt das nur noch dazu, dass die Anteile an „Geisterstrom“ (also Strom, der geliefert werden könnte, aber nicht geliefert wird, da er nicht verwertet werden kann) und Strom, der zu negativen Preisen in das Ausland abgeschoben werden muss, weiter steigen. Abgesehen davon, dass sich die Betreiber der Anlagen weiter die Taschen füllen ohne einen Nutzen, weder für die Energieversorgung noch auch für den sog. „Klimaschutz“, bringt das nur eine weitere Erhöhung der Kosten für die Allgemeinheit nach dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben.

Die Ausweisung weiterer Flächen für Windkraftanlagen im Regionalen Raumordnungsprogramm (RRÖP) wird daher abgelehnt.

Wir fordern für die bereits bestehenden Windkraftanlagen unter 2,5 km Entfernung zu bewohnten Gebäuden eine Nachtabstaltung von 20.00 bis 6.00 Uhr.

06. Die Biogasproduktion muss naturverträglich sein

Der Betrieb von Biogasanlagen stellt nur dann eine attraktive und umweltfreundliche Art der Energiegewinnung dar, sofern für dessen Erzeugung überwiegend landwirtschaftliche Reststoffe, wie Gülle und Mist aus lokaler landwirtschaftlicher Produktion zum Einsatz kommen und keine Subventionen bezahlt werden. Dies wird nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein, denn eine ökologisch geführte Landwirtschaft hat keine Reststoffe.

Aktuell wird aber im großen Stil Mais in Monokulturen für die Energiegewinnung angebaut. Durch den dadurch notwendig werdenden Import von Nahrungs- und Viehfuttermitteln wird die Ernährungssituation in den Ländern der Dritten Welt drastisch benachteiligt. Außerdem findet ein inakzeptabler Mülltourismus durch Importe von Gülle aus Nachbarstaaten statt, die für den Betrieb der Biogasanlagen genutzt werden. Das lehnen wir ab.

07. Solarprojekte verteuern den Strom und schwächen die Versorgungssicherheit

Photovoltaikanlagen können nur dann einen positiven Beitrag leisten, wenn die Solarpanels auf vorhandenen, bereits versiegelten Flächen aufgebracht werden, wie z.B. auf Dächern und wenn diese Art der Energiegewinnung als „Eigenbetrieb“ vom Bürger geführt wird und der erzeugte Strom nur privat gespeichert und genutzt werden kann und nicht in das Netz gegeben wird (sog. „Insellösung“). Die hiergegen bestehenden Verbote sind aufzuheben.

Da weder jetzt noch zukünftig mit dem Bau betriebswirtschaftlich tragfähiger Speicheranlagen im großen Stil zu rechnen ist, kann der von der Jahres- und Tageszeit abhängige, stark schwankende Energieertrag von Solarpanels nicht gespeichert werden. Auch wenn Solarpanels auf vorhandenen, bereits versiegelten Flächen aufgebracht werden, wie z.B. auf Dächern, können diese daher keinen positiven Beitrag zur Energieversorgung leisten. Im Gegenteil verursachen diese Anlagen wirtschaftliche Schäden bei den Energieversorgern, die von den übrigen Kunden ausgeglichen werden müssen.

11. Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

01. Den Mittelstand vor Ort fördern

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges. Und auch nur diese tragen über Steuerzahlungen zur Stärkung der kommunalen Finanzen bei, da sie keine Möglichkeit zur Verlagerung ihrer Gewinne ins Ausland haben.

Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Besteuerungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern. Die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien muss auf staatliche Großvorhaben beschränkt werden. Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Kommune schadet zudem den öffentlichen Haushalten.

02. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche. Wir wollen die Landesförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wieder ins Programm aufnehmen.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für Mütter die Möglichkeit, im Homeoffice-Bereich tätig zu sein. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen. Bürokratische Vorgaben müssen abgebaut werden, Vorschriften aus EU-Verordnungen lehnen wir ab.

03. Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotential, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

Der Fremdenverkehr ist daher als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar und genießt Vorrang vor der Nutzung für Elektrizitätserzeugung durch Windkraft und Solar, die den Wert der Landschaft nachhaltig mindern.

Eine Tourismuspolitik auf Kosten nachfolgender Generationen widerstrebt unserer Vorstellung von solider und gesunder Haushaltspolitik. Wenn Tourismuskonzepte über viele Jahre latent defizitär sind und nur durch Zuschüsse überlebensfähig sind, müssen Alternativen gefunden und gefördert werden. Alles andere ist pure Steuerverschwendung.

Der Tourismus wird so gestaltet, dass Traditionen und Landschaft als Wesensmerkmal herausgestellt und durch die Moderne ergänzt werden. Zum Beispiel in der Gastronomie; Großmutters Speisen in stilvoller, moderner Umgebung.

04. Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern

Kreissparkassen und Volksbanken sollten vornehmlich an der Bereitstellung von Krediten an das Handwerk, den Mittelstand und die Bürger arbeiten. Bürokratische Zentralisierungen im Bankensektor bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen lehnen wir ab und fordern dezentrale Entscheidungsstrukturen, die sich an den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort orientieren.

05. Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Wir wenden uns daher gegen eine Privatisierung kommunaler Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert

werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

Rückübertragungen wird die AfD da anstrengen, wo bestehende Verträge nicht so ausformuliert sind und bereits überdurchschnittliche Kostensteigerungen und/oder die Trinkwasserqualität das Problem darstellen. Hierfür werden wir Allianzen bilden und unter Ausnutzung des Rechtsweges entsprechende Maßnahmen entwickeln, um im Ergebnis die Rückübertragung zu erwirken.

06. Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren, in einem zweiten Schritt ist unter Einbindung aller Akteure nach allgemein verträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Vorgaben (z.B. Nitratwerte und die zur Ermittlung benannten Messmethoden) des Bundes oder der EU sind sorgfältig auf Sinnhaftigkeit zu prüfen und ggf. sind durch die Kommune entsprechende Ausnahmen zu erwirken, auch unter Ausnutzung des Rechtsweges.

Der Wassercent (ehem. „Wasserpfennig“) sollte zukünftig nicht dem Landeshaushalt, sondern den Kommunen zugutekommen.

12. Allgemeine Finanzwirtschaft

01. Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugeordnet werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen. Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

Unsere Reformvorstellungen schließen auch die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer ein. Dass damit einhergehend auch die Verteilung der Einnahmen über die Ebenen neu geordnet werden muss, ist selbstverständlich und hat wie zuvor beschrieben aufgabenbezogen zu erfolgen. Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen in einem Rahmen von einigen Prozentpunkten, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

02. An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren

„Wer bestellt, bezahlt“. Wir wollen diesen im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Grundsatz konsequent zum Schutz der Kommunen anwenden.

Schon der 2013 geregelte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung hat einige Kommunen an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geführt, da die Mehrkosten nicht vollständig durch den Bund finanziert wurden. Die Inklusion Behinderter und die Integration von Migranten birgt ungleich höhere und zudem nicht gegenfinanzierte Kosten.

Eine vollständige Kosten- und Kostenfolgeabschätzung ist in Niedersachsen nicht klar geregelt. Andere Bundesländer haben hierzu gesetzliche Regelungen wie ein Konnexitäts-Ausführungsgesetz erlassen oder Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Wir fordern, diese Lücke

zu schließen und den Kommunen einen aufgabengerechten Steueranteil zuzusprechen.

03. Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben

Aktuell werden ideologische und religiöse Vereine fast unisono als gemeinnützig eingestuft, obwohl sie vollkommen einseitig und nicht selten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet agieren.

Wir wollen die privilegierte Gemeinnützigkeit auf solche Vereine und Verbände beschränken, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann und die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen. Mit uns gibt es keine Unterstützung mehr für:

- verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa,
- Islamverbände,
- Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt,
- Anti-Kapitalismus-Projekte,
- linke Pazifismusforschung,
- die Förderung illegaler Einwanderung,
- die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“ etc.,
- Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs.

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

04. Steuermittel sparsam und effizient verwenden

Wir gehen sorgfältig mit den Steuereinnahmen um, verringern die Staatsverschuldung und beenden die Verschwendung. Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird.

Daher befürworten wir die Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung. Verwaltungsangehörige müssen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Dies gilt ähnlich wie in der Privatwirtschaft bei der Geschäftsführerhaftung für Organisationsversagen. Die Kommunalaufsicht und die Rechnungshöfe sollten hierfür eine Ermittlungs- und Anzeigepflicht erhalten.

13. Die Bundeswehr in Niedersachsen willkommen heißen

01. Wir stehen hinter unserer Bundeswehr

Die AfD steht hinter der Bundeswehr. Wir unterstützen sie bei der Erfüllung ihres grundgesetzlichen Auftrages und nehmen die damit verbundenen Unannehmlichkeiten im Rahmen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit in Kauf.

Wir würden es begrüßen, wenn die Bundeswehr wieder mit Volltruppe Herbstmanöver in der Fläche unseres Bundeslandes durchführen würde. Dies würde die Verbundenheit der Bevölkerung mit ihren Soldaten erheblich steigern.

02. Die Bundeswehr ist für Niedersachsen ein Nutzen

Wir begrüßen, dass Niedersachsen mit seinen Standorten und NATO-Truppenübungsplätzen einer der bedeutendsten Stationierungsräume der Bundeswehr und unserer Verbündeten in Deutschland ist.

Die dauerhafte Präsenz deutscher Soldaten ist ein bedeutender wirtschafts- und sicherheitspolitischer Faktor. Streitkräfte sind Arbeitgeber, direkte und indirekte Steuerzahler durch Soldaten und ihre Angehörigen sowie auch Auftraggeber für lokale Betriebe. Die Anwesenheit übender Truppe führt zwar temporär zu Lärm- und Schadstoffemissionen, denen gegenüber aber Truppenübungsplätze wichtige Biotope und Lebensräume für Flora und Fauna sind.

Aus Sicht der AfD in Niedersachsen überwiegen die Vorteile der Stationierungen und Übungen gegenüber den Nachteilen. Das Land Niedersachsen profitiert aus Sicht der AfD von der Stationierung der Bundeswehr in Niedersachsen.

Wir befürworten, dass ehemalige Kasernen für die Nutzung durch die Bundeswehr in Krisenzeiten in Betrieb gehalten werden und nicht als Flüchtlingsunterkünfte missbraucht werden.

Teil III: Maßstäbe für weitere und neue Themen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms sind nach der Grundpositionierung (Teil I) eine Reihe von Grundwerten festgelegt worden, die bei der konkreten Festlegung unsere Ziele auf allen Ebenen von der Kommune bis zum „EU-Parlament“ als Maßstab dienen. So existieren vielfach spezielle lokale Themen und Probleme. Mittels dieser Maßstäbe können wir vermeiden, grundsätzlichen Positionen unseres Grundsatzprogramms zu widersprechen.

Die nachfolgend aufgeführten Grundwerte finden bei der Meinungsbildung mit anschließender Positionierung Anwendung.

1. Direkte Demokratie

Alle nachfolgend genannten systematischen Defizite wollen wir beseitigen. Das können wir allerdings nur sehr begrenzt wie Münchhausen, der sich aus dem eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen hat, auf kommunaler Ebene erreichen. Aus genau diesem Grunde fordern wir auf Landes- wie auch auf Bundesebene die Änderungen der Rechtsgrundlagen, die die Entmündigung von kommunaler Selbstverwaltung aufheben und Entrechtung der Bürger zunehmend aufhebt.

Die deutliche Stärkung der direkten Demokratie ist der einzige Weg und für uns ein Muss. Er ist nicht verhandelbar. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie.

Wir wollen Volksabstimmungen nach Schweizer Modell auch auf kommunaler Ebene umsetzen und die uneingeschränkte Volkssouveränität auch in den Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die Bürger sollen über alle Themen mitbestimmen können, auch über die Haushaltssatzung und die vorzeitige Neuwahl des Landrats, Bürgermeisters und des Stadt- oder Gemeinderats. Das Unterschriftenquorum wollen wir auf 2,5 % Prozent senken, Zustimmungsquoren lehnen wir ab. Die zeitliche Bindungswirkung eines Bürgerentscheids wollen wir auf zehn Jahre erhöhen. Vor Ablauf dieser Frist kann ein Bürgerentscheid nur durch einen neuen Bürgerentscheid aufgehoben werden.

2. Gewaltenteilung

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung auf allen Ebenen unseres Staates. Die Trennung von Amt und Mandat ist geeignet, eine unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern.

Daher wollen wir; dass Hauptverwaltungsbeamte, die an der Spitze der Verwaltung für alle Bürger zuständig sind, ihre Parteimitgliedschaft mit Amtsübernahme ruhen lassen.

3. Soziale Marktwirtschaft

Die freie und soziale Marktwirtschaft und nicht die Staatswirtschaft ist die alleinige Triebfeder für den „Wohlstand für Alle“ in unserem Lande. Diese Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch einen staatlich gesetzten Rahmen des Wettbewerbsrechts und die sozialen Schranken der Sozialstaatlichkeit. Daher sind kommunale Aufgaben, grundsätzlich durch private Unternehmen wahrzunehmen. Ausnahmen sind nur dort begründet, wo es sich um hoheitliche Aufgaben handelt, wo es sich um besonders schützenswerte Aufgaben der unmittelbaren Daseinsvorsorge der Bevölkerung handelt.

Dies steht ganz im Gegensatz zur Planwirtschaft der zentralen Verwaltungswirtschaft mit einem totalitärem Staat. Wir nehmen die Verantwortung für uns selbst wahr und lassen uns nicht vom Staat oder von sozialistischen- oder ökosozialistischen Ideologen bevormunden.

Vom Staat gilt es, das Wirtschaftlichkeitsgebot einzufordern und umzusetzen. Die Kostenfolgeabschätzungen für vom Staat geplante Maßnahmen sind einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen, um zu prüfen, ob sie sich betriebswirtschaftlich rechnen.

Wir wollen keine durch das Infektionsschutzgesetz versteckten Berufsausübungsverbote aufrechterhalten, sondern: **Die Geschäfte müssen öffnen dürfen!**

Mit Hygienekonzepten, Masken, angemessenem Abstand und Eigenverantwortung können wir die Gewerbeausübungsfreiheit für den Mittelstand, Handel, Handwerk, Kleinunternehmer Friseurdienstleistungen, Fitnessstudios, Hotels und Gastronomie und viele Dienstleistungsunternehmen mehr aufrechterhalten und unseren wirtschaftlichen Wohlstand für alle sichern.

Die Wirtschaftsprognosen der Makroökonomie- und Konjunkturforschungsinstitute, die für das Jahr 2021 einen schnellen Aufschwung voraussagen, sind falsch, denn diesen wird es bei der Beibehaltung des Corona-Krisenmodus nicht geben.

Angstsparen und Konsumverzicht durch geschlossene Geschäfte machen einem neuen Rekord-einbruch in der Volkswirtschaft wahrscheinlich. Hinzu kommen die zigtausend mittelständischen Unternehmen, die nach Aufzehrung ihrer letzten Reserven in die Insolvenz getrieben werden.

Neue Runden von Lockdowns drehen generell die Abwärtsspirale des wirtschaftlichen Niedergangs weiter nach unten. Wenn das Verbrauchervertrauen fehlt, weil sich die Menschen vor ihrem Arbeitsplatzverlust fürchten und davor, ihre wirtschaftliche Existenz zu verlieren, dann wird es keine Kaufbereitschaft geben, der zu einer signifikanten, konjunkturellen Erholung oder zu einem dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung führen könnte.

Das Grundgesetz mit den Garantien für die bürgerlichen Freiheitsrechte und für die soziale und freie Marktwirtschaft haben uns Wohlstand gebracht.

Mit Hilfe von Hygienekonzepten, die vorhanden sind, Disziplin und Eigenverantwortung müssen wir mit den Risiken leben lernen. Durch die Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit mit geöffneten Geschäften, Hygienekonzepten, Desinfektionsmitteln, Masken und angemessenem Abstand können wir die Abwärtsspirale stoppen!

Dafür setzen wir uns ein!

4. Die Energieversorgung unseres Landes

Eine unverzichtbare Voraussetzung für die Wirtschaft eines Industrielandes ist eine Energieversorgung, die sicher, preiswert und umweltschonend ist,

Insgesamt gibt es keine Gründe, die bisherige und bewährte Energietechnik im Rahmen einer sogenannten „Energiewende“ aufzugeben. Trotzdem sollen jetzt Umgebungsenergien, die man fälschlich als „Erneuerbare“ bezeichnet (Energie ist nicht erneuerbar) die Grundlage der Energieversorgung werden. Dem stehen zwei naturgesetzliche Gegebenheiten entgegen, für die eine brauchbare technische Lösung nicht in Sicht ist. Einerseits sind die Umgebungsenergien Sonnenlicht und Wind über die gesamte Erdoberfläche verteilt und nur „verdünnt“ vorhanden, daher muss man zum Einsammeln einen erheblichen Aufwand an Ressourcen aufbringen, was die Energie sehr verteuert und zur Folge

hat, dass große Flächen der natürlichen Nutzung entzogen werden und in Industrielandschaften umgewandelt werden. Andererseits ist diese Energieerzeugung auch noch wetterabhängig, mal kommt zu viel, dass man nicht sinnvoll speichern kann, zu anderen Zeiten kommt wenig oder gar nichts, sodass ein zweites Energiesystem ständig in Bereitschaft gehalten werden muss, was zusätzliche Kosten verursacht.

Die Abschaffung des EEG ist eine zentrale Forderung der AfD, denn alle Bemühungen, durch eine vorübergehende Subventionierung (sog. „Anschubfinanzierung“) zu marktfähigen Anlagen zu kommen, sind gescheitert. EE-Anlagen können stattdessen im Rahmen der Gewerbefreiheit (also ohne Subventionen) ganz normal errichtet werden. Wir müssen den bisherigen bewährten Energiemix wiedereinsetzen und dessen Komponenten im Hinblick auf Effizienz, Sicherheit und Umweltverträglichkeit zielstrebig noch weiter verbessern.

Wenn man tatsächlich auf der Basis des Vorsorgeprinzips die CO₂-Emissionen deutlich verringern wollte, dann wäre der Wiedereinstieg in die Kernenergie die richtige Entscheidung. Die Kernenergie gehört heute zu den sichersten Techniken für die Erzeugung von Energie, das Problem der Endlagerung ist längst gelöst. Neue Technologien kommen ganz ohne langfristig strahlende Abfälle aus.

5. Subsidiarität

Zentral für unsere Staatsordnung ist das Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet den Vorrang der persönlichen Verantwortung vor einer staatlichen Entscheidungsgewalt, der Kommune vor dem Land, dem Bund oder gar der EU. Aufgaben sind nur dann an eine übergeordnete Gebietskörperschaft zu übertragen, wenn diese dort effizienter umgesetzt werden kann. Dies setzt aber voraus, dass die Entscheidungskompetenz bei den untergeordneten Gebietskörperschaften liegt. Dieses ist aktuell nur in den wenigsten Fällen so. Daher setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände in deutlich mehr Fällen entscheiden können, ob sie eine Aufgabe übertragen wollen oder nicht. Solche Entscheidungen müssen auch revidierbar sein. Dazu soll durch regelmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Effizienz der Erfüllung übertragener Aufgaben überprüft werden.

Die Bevormundung und Gängelung der Kommunen durch Förderrichtlinien jedweder übergeordneter Gebietskörperschaft, die nur einen Teil der von den Bürgern erzwungenen Steuern wieder an diese zurückleiten, wollen wir unterbinden.

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugeordnet werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen. Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

6. Föderalismus

Föderalismus heißt, die historisch gewachsene regionale kulturelle Vielfalt zu bewahren und Entscheidungen, wo immer möglich, an die Menschen vor Ort zu delegieren. Dem steht, zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ein inzwischen unüberschaubares Gewirr von horizontalen und vertikalen Finanzausgleichszahlungen entgegen, über deren Genehmigungsvoraussetzungen nicht die Menschen vor Ort entscheiden, sondern Ministerialbeamte.

Die Bürger können nicht mehr erkennen, wer und welche Partei auf welcher Ebene für welche

Entscheidungen verantwortlich ist. Im Ergebnis kann er in der nächsten Wahl kein klares Votum für oder gegen eine Partei abgeben. Wir wollen die zunehmende Fremdbestimmung der Bürger durch Land, Bund und EU abbauen. Auch deshalb setzen wir uns für das Mitentscheidungsrecht der Bürger wie auch der Gemeindevertretungen in allen Belangen ein, welche die Gemeinden oder Landkreise unmittelbar berühren. Wir wirken über die Kommunen mit der ihr vom Gesetzgeber gegebenen Möglichkeiten und im Rahmen des Landkreistages und des Städtetages auf das Land ein, um entsprechende Regelungen zu erreichen und den Wildwuchs an ineinander eingreifenden Verantwortlichkeiten und Zustimmungs- oder Mitentscheidungsrechten drastisch zurückzuschneiden.

Die Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, welche Leistungen sie mit welchem Steuerbetrag finanzieren wollen. Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen in einem Rahmen von einigen Prozentpunkten, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

Die Kosten für übertragene Aufgaben sind vollständig durch den Übertragenden zu übernehmen.